

- 8. JULI 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0286890

F/KV/152 - 8. Juli 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Was ist "Parteipolitik" ?</u> Der "Regierende" und der Düsseldorf'sche Innenminister	27
1	<u>Zurückgewiesene Diffamierung</u> Die deutschen Bergarbeiter und die Kommunisten	24
2 - 3	<u>Castro zwischen zwei Feuern</u> Kuba - neuer Krisenherd der Weltpolitik Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	90
4	<u>Noch kein Wahlfieber in den USA</u> Von Fritz Meine	43
5 - 6	<u>Stoffprobe unserer Gesellschaftsordnung</u> Von Erwin Folger, MdB	71
7	<u>Das Bundesernährungsministerium und die Wahrheit</u> Von H.G. Hitzel, MdB	49

* * * *
* * *

Was ist "Parteipolitik"?

Der "Regierende" und der Düsseldorfer Innenminister

sp - Solange es sozialdemokratische Parteien gibt - und das ist in Deutschland schon seit etwa hundert Jahren der Fall -, wird jeweils von "Parteipolitik" gesprochen, wenn irgendwo und irgendwann ein Sozialdemokrat eine Rede hält, von "Staatspolitik" jedoch, wenn es sich um einen Gegner der Sozialdemokratie handelt. Das sitzt so tief, dass auch der verhältnismässig moderne Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Dufhues (CDU), nicht davon herunterkommt.

Jetzt hat's Herr Dufhues mit Willy Brandt, der ja bekanntlich Sozialdemokrat ist, besagter Willy Brandt spricht gelegentlich auf Kundgebungen in den Städten der Bundesrepublik. Was er dort sagt, ist bekannt. Er spricht hauptsächlich über Berlin und ruft die Menschen in der Bundesrepublik auf, der bedrängten Stadt die Treue zu halten. Wenn Willy Brandt hierbei auch einmal - wie es selbstverständlich sein sollte - von CDU-Politikern aufgestellte Behauptungen berichtigt und auch hin und wieder einen übereifrigen Parteigänger Dr. Adenauers in die Schranken verweist, dann ist das plötzlich wieder "Parteipolitik". Und sofort wird derselbe Sozialdemokrat, der noch kurz vorher als "Staatspolitiker mit Weitblick" bezeichnet wurde, in die Kategorie der "SPD-Genossen" gestellt. In der Sprache des Herrn Dufhues klingt das so:

"Die CDU darf es nicht zulassen, dass auf der Welle der Sympathien zu Berlin Willy Brandt ins Bundeskanzleramt getragen wird".

Eun, Willy Brandt wird das aushalten können, Herr Dufhues wird sich daran gewöhnen müssen, dass dem Einen recht sein muss, was dem Anderen billig ist. Die deutsche Öffentlichkeit hat es nämlich schon längst aufgegeben, herauszufinden, wann Herr Dr. Adenauer in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler, und wann er in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender der CDU redet.

+ + +

Zurückgewiesene Diffamierung

sp - Von dem deutschen Bergarbeiter wird es einmal im Buch der Nachkriegsgeschichte heissen müssen, er ist in den bittersten Notzeiten des deutschen Volkes auch sein getreuester Sohn gewesen. Auf seinen Schultern ruhte wohl die schwerste Last des Wiederaufbaus, er schuf durch seiner Hände Fleiss erst die Grundlagen für den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft aus Schutt und Asche. Unter der Führung seiner Gewerkschaft, der IG Bergbau, künftig IG Bergbau und Energie, errang der deutsche Bergarbeiter eine geachtete Stellung in Staat und Gesellschaft, er erreichte aber auch eine politische Reife hoher Grades, die ihn immun machte gegen die Versuchungen eines Links- und Rechtsradikalismus. Diese staatspolitische Erziehungsarbeit gehört zu den Aktivposten der jungen deutschen Demokratie, der nicht hoch genug bewertet werden kann. Umso bitterer mussten die Führung und die Masse der Bergarbeiter die üble Brunnenvergiftung empfinden, die durch einen Artikel in den "Gesellschaftspolitischen Kommentaren", dem Sprachrohr der Christlich-Sozialen Kollegenschaft in DGB, kurz vor der Eröffnung des Jahreskongresses der IG Bergbau erfolgte und in dem mit unglaublicher Urbekümmertheit die IG Bergbau beschuldigt wurde, sie wäre kommunistisch unterwandert. Die Antwort blieb nicht aus, sie kam in einer scharf formulierten Erklärung des christlich-demokratischen Verbandsmitglied der IG Bergbau, Fritz Pettur, in Dortmund gegeben. Sie enthielt im Namen aller seiner Kollegen eine eindeutige Distanzierung von Behauptungen, deren offensichtlicher Zweck sein sollte, die Einheitsgewerkschaft zu spalten. Das ging zur Enttäuschung der Spalter, aber auch der Kommunisten, gründlich daneben. Die deutschen Bergarbeiter, ohnehin in einem schweren Existenzkampf stehend, wissen, was sie an ihrer Einheitsgewerkschaft haben.

+ + +

Castro zwischen zwei Feuern

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Kuba ist zu einem Brennpunkt zwischen Ost und West geworden. Die Enteignung der nordamerikanischen und englischen Erdölraffinerien durch die Regierung Fidel Castros und Washingtons Gegenschlag, die Beschränkung der Abnahme kubanischen Zuckers sind mit Recht in der Presse in aller Welt als Ereignisse verzeichnet worden, die bis zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen können. Könnte die vor einem guten halben Jahre zwischen Kuba und der Tschechoslowakei vereinbarte Gewährung eines tschechoslowakischen Kredites für die Regierung Castro noch als gewisser Schachzug des früheren Rechtsanwaltes, besser Winkelanwaltes Castro betrachtet werden, um den Westen zu größeren Krediten und Beihilfen für seine Regierung zu veranlassen, so bedeutet der Zucker- und Erdölkampf, daß sich Castro für den Ostblock fest entschieden hat. Damit jedoch hat sich Kubas Diktator in einen Zweifronten-Krieg gestürzt. Nicht nur die Großmacht USA, nicht nur Washington - sekundiert von London - sind zu Gegnern des Inselstaates mit seinen knapp sechs Millionen Einwohnern geworden. Man hat sich einen zweiten, internationalen Gegner geschaffen: die stärkste Gewerkschaftsinternationale der Welt, den IBFG und seine panamerikanische Regionalorganisation, die ORIT.

Angriff auf freie Gewerkschaften

In Kuba hatte sich in der ersten Nachkriegszeit in zäherm Ringen gegen das Zucker und Tabak beherrschende Großkapital eine freie, antikommunistische, demokratische Gewerkschaftsbewegung entwickelt. Sie hielt sich von der Korruption fern, die Politik, Verwaltung und Wirtschaft Kubas seit den historischen Zeiten vorseucht, in denen die Insel Umschlaghafen für den afrikanisch-amerikanischen Sklavenhandel gewesen war. Die internationale freie Gewerkschaftsbewegung konnte sogar den Zentralsitz der ORIT einige Zeit nach Kubas Hauptstadt La Habana verlegen. Auch die Diktatur des "Sergeanten" Juan Batista vermochte nicht, die selbständige freie Gewerkschaftsbewegung des Landes anzurühren. Erst Fidel Castro unternahm es, diese Bewegung zu einer staatshörigen Organisation zu machen. Die Weltöffentlichkeit hat wenig von der hinterhältigen, mit der übelsten Mitteln geführten Offensive Kenntnis genommen, mit der im vergangenen Jahre die Diktatur Castro die Gewerkschaften ihrer alten, demokratisch eingestellten Funktionäre beraubte. In der zweiten Hälfte des Jahres 1959 war es soweit: der kubanische Gewerkschaftsbund trat aus dem IBFG und der ORIT aus, nachdem in einem außerordentlichen Kongreß, an dem Fidel Castro persönlich teilnahm, durch gekaufte und polizeilich überwachte Delegierte die alten Führer als "Konterrevolutionäre" abgesetzt wurden. Soweit sie nicht rechtzeitig in die Emigration flüchten konnten, sitzen die Männer, die die kubanische freie Gewerkschaftsbewegung aufbauten, heute im Gefängnis.

Die zweite Front

Damit hat sich Castro die zweite gegnerische Front geschaffen. Es ist falsch und einseitig, die Krise zwischen Kuba und den Verei-

nigten Staaten als eine Auseinandersetzung zwischen dem amerikanischen Großkapital und einer halbproletarischen Insel zu bezeichnen. Auch Fidel Castro tut es nicht. Immer mehr, immer deutlicher spricht er sich die Rolle eines "lateinamerikanischen Messias" zu. Er fordert die Bildung einer separaten lateinamerikanischen Gewerkschaftsinternationale unter kubanischer Führung, er verspricht dem kleinen Kuba, Partner Sowjetrußlands und Sowjetchinas zu werden, er folgt dem zwangswirtschaftlichen Vorbild des Sowjetblocks. Die CRIT konnte feststellen, daß den kubanischen Arbeitern die Freiheit des Arbeitsvertrages und des freien Wochens des Arbeitsplatzes genommen wurde. Streiks zwecks Lohnhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind verboten. Oppositionelle Blätter mußten ihr Erscheinen einstellen. Freie Wahlen finden nicht statt, auch nicht in den Gewerkschaften.

Die ORIT hat in ihren Veröffentlichungen sowie in Sonderbroschüren einen Aufklärungsfeldzug begonnen. Den Gewerkschafter in Lateinamerika, die dem seinerzeitigen Kampf Castros gegen Batista sympathisch gegenüberstanden, wird gezeigt, daß aus dem "Freiheitshelden" ein "Führer" hitleristischer und stalinistischer Charakter wurde. Die panamerikanische Staatenorganisation wird aufgerufen, gegen die diktatorischen, antidemokratischen und asozialen, den Frieden gefährdenden Maßnahmen Castros einzuschreiten.

Was wird Washington tun ?

Es wird nicht zuletzt von der Klugheit und diplomatischen Geschicklichkeit Washingtons abhängen, wieweit die lateinamerikanischen Völker und Staaten sich diesem Kampf gegen Fidel Castro anschließen. Gelingt es Washington, die materiellen und egoistischen Interessen seiner in Kuba beteiligten Kapitalisten zurückzuschieben und die Auseinandersetzung als eine solche zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen sozialer Freiheit und staatlichem Sklavenarbeitssystem zu behandeln, so würde eine internationale Einheitsfront entstehen, der weder russische Hilfe noch advokatorische Winkelzüge gewachsen wären. Die internationale freie Gewerkschaftsbewegung hat ihren Kampf gegen die Diktatur Castros in den Rahmen ihres allgemeinen Kampfes gegen die lateinamerikanischen Diktaturen eingegliedert. Die Ausmerzung des kommunistischer Charakters der kubanischen Regierung und die Wiedergewinnung Kubas für ein demokratisches Amerika wird nicht zuletzt davon abhängen, wieweit die nordamerikanische offizielle Politik von ihrer zwischen Neutralität und Sympathie sich bewegenden Haltung gegenüber den Rechtsdiktaturen in Lateinamerika abgeht. Wirft sie in den zweifellos bevorstehenden Stellungnahmen der panamerikanischen Staatenorganisation ihr entscheidendes Gewicht für eine Ablehnung aller Diktaturen, ob rechts oder links, ein, so dürfte die Tür, die das Regime Castros Sowjetrußland öffnete, wieder zugeschlagen werden.

Noch kein Wahlfiaker in den USA

Von Fritz Heino

In den nächsten Tagen wird auf den Kongressen der beiden grossen amerikanischen Parteien die Entscheidung darüber fallen, wen sie - Demokraten wie Republikaner - als ihren Präsidentschaftskandidaten für die Wahl nominieren werden.

Beide Parteien werden bei der Auswahl ihres Kandidaten für das Präsidentenamt auch an die Umwägbarkeiten der Massenstimmungen zu denken haben. Wie wird die Grundstimmung des Wählers in den ersten Novembertagen sein? Wird die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in seinen Gefühlen an erster Stelle stehen - und wenn ja, wie stellt er sich die Form dieser Auseinandersetzung vor? Oder wird eine innerpolitische Frage, etwa die kostenlose Gesundheitsfürsorge für die über 65-Jährigen, oder die Negerfrage, im Vordergrund stehen?

Während die Presse das Rätselraten über die Präsidentschaftskandidaten mit Eifer fortsetzt, sind in den Parteileitungen die Erwägungen schon weiter gediehen: die Suche geht nach einem Kompromiss bei der Nominierung, der Kandidaten, Parteiführung, Parteitage delegierte und Wähler in gleicher Weise befriedigt. Dabei wird hinter den Kulissen an Kombinationen gearbeitet, die nicht immer mit den Vordergrund-Kämpfen vereinbar erscheinen.

Es gibt Politiker, die sich von einem republikanischen Team: Rockefeller als Präsidentschaftskandidat und Nixon als Vizepräsident die grösseren Erfolge für ihre Partei ausrechnen, obwohl es wenig wahrscheinlich ist, dass es dazu kommen wird. Sollten die von den Parteitagern nominierten Kandidaten Nixon (Republikaner) und Kennedy (Demokraten) heissen, dann vermuten politische Kreise, dass Richard Nixon als seinen Kandidaten für den Vizepräsidenten den jetzigen Arbeitsminister Mitchell herausstellen wird, der als Katholik die Werbewirkung Kennedy's bei den katholischen Wählern abfangen soll. Bei den Demokraten wird ein Team: Johnson als Präsidentschaftskandidat und erfahrener Politiker und Kennedy als Vizepräsident und populärer Massengewinner für möglich gehalten - mit Adlai Stevenson als Ausschminister, wie politische Kreise meinen.

Aber weder die Vorbereitungen der Kandidaten, noch die Kulissengeschichten in Washington haben bisher die Masse der Wähler berührt. Man ist noch weit von Wahlfiaker entfernt und die von den Parteien beauftragten Werbeagenturen sind inmitten der Vorbereitungen des Wahlkampfes. Noch sind das alles Vorgefachte im engeren Raum der Berufspolitiker und der Männer der Massenkommunikationsbranchen.

Die Sonntagsausgabe der "New York Times" hatte letzte Woche eine 60 Seiten starke, grossformatige Beilage für die Sommerferien. Das ist es, was im Augenblick noch den amerikanischen Wähler mehr interessiert als das, wohin die politische Reise des Weltreiches ab 1961 gehen wird ...

Stoffprobe unserer Gesellschaftsordnung

Von Erwin Folger, MdB

Kur wer schwindelfrei ist, darf weiterlesen.

Am Tage der Abfassung dieser Zeilen stand der Kurs der Daimler-Benz-Aktien auf 6150. Der Akzent liegt auf den Worten "am Tage". Der Kurs ändert sich nämlich jeden Tag ruckweise; ähnlich wie im Herbst 1923 der Devisenwert im Verhältnis zur Mark. Zinen Tag vorher waren es noch 250 Punkte, eine Woche vorher 570 Punkte weniger. Ein Stück im Nennwert von 100 DM war also augenblicklich 6150 DM wert; im Zeitpunkt der Veröffentlichung sind es vielleicht schon wieder mehr.

Die Verfolgung der Entwicklung dieser Aktie seit der Währungsreform ist schwindelerregend.

Wer vor dem 20. 6. 1948 Daimler-Benz-Aktien besessen oder gekauft hat, hat bei der Kapitalzusammenlegung 10 : 6 (von 120 Millionen RM auf 72 Millionen DM) am 14. 7. 1953 für ein Stück im Nennwert von 100 RM einen nominellen Gegenwert von 60 DM erhalten; d.h. für 10 000 RM 6 000 DM. Diese 6 000 DM sind heute an der Börse 369 000 DM wert.

Am 31. 7. 1948 stand der DM-Kurs für RM-Stücke auf 20; eine 100-RM-Aktie kostete 20 DM. Wer in diesem Zeitpunkt aus in RM bezahlten Arbeitsleistungen und Warenhortungen 10 000 DM in Daimler-Benz-RM-Stücken anlegen konnte, bekam dafür Aktien im Nennwert von 50 000 RM; nach der Kapitalzusammenlegung waren es dann Aktien im Nennwert von 30 000 DM, die heute 1 845 000 DM wert sind. Das ist kein Kartum! Die 10 000 DM haben sich innerhalb von 12 Jahren 184-fach vermehrt!

Wer so "leichtsinnig" war, bis Ende 1950 zu warten, musste für eine 100-RM-Aktie schon 56 DM bezahlen. Für 10 000 DM hat er in diesem Zeitpunkt Aktien im Nennwert von 17 850 RM erhalten, die dann auf 10 710 DM zusammengelegt wurden und heute 659 000 DM wert sind.

Nach der Kapitalzusammenlegung stand der Kurs am 15. 7. 1953 auf 114 und seitdem ist es "langsam aber sicher" aufwärts gegangen.

Der vor wenigen Wochen festgelegte Steuerkurswert, per 31.12.1959 beträgt 2 600 DM. In dieser Höhe wird jede 100-DM-Daimler-Benz-Aktie

bei der Vermögenssteuer-Veranlagung bewertet. Noch nicht erwähnt sind die zuletzt ausgeschütteten 18 Prozent Dividende. Das ist eine klotzige Verzinsung für den, der die Aktien unter oder in der Nähe des Nennwertes gekauft hat. Für den, der sie zu einem weit darüber liegenden Kurs eingehandelt hat, ist die Dividende allerdings minimal; das ist sie auch dann, wenn man berechnet, wie hoch die Verzinsung wäre, wenn man die Aktien zum jetzigen Kurs veräußern und dafür festverzinsliche Wertpapiere kaufen würde.

Für solche "Verdienste" hat der Aktionär keine Minute zu arbeiten und, wenn er die Papiere bisher länger als drei Monate behalten hat, keine Mark Steuer zu bezahlen brauchen - mit Ausnahme aus der Dividende (durch das Steuerrechtsänderungsgesetz ist die Frist für steuerfreie Spekulationsgewinne jetzt auf sechs Monate ausgedehnt, der SPD-Antrag auf 12 Monate aber wurde abgelehnt).

Bei einem Jahresarbeitsverdienst von 12 000 DM werden einem Familienvater mit zwei Kindern ungefähr 1000 DM Lohn- und Kirchensteuer abgezogen. Für einen Spekulationsgewinn vor durchschnittlich jährlich 153 750 DM aus im Juli 1948 in Daimler-Benz-Aktien angelegten 10 000 DM nichts.

Man kann an dieser Stelle mit Recht einwenden, dass es sich dabei um ein besonders krasse Beispiel handelt, das durch Interessenkäufe bedingt ist; d.h. es sind Kräfte am Werk, die ein Interesse daran haben, das Werk um jeden Preis in die Hand zu bekommen. Immerhin ist es eine Stoffprobe für das, was in unserer Gesellschaftsordnung möglich ist.

Lässt man Daimler-Benz ausser Betracht, dann ist die Gesamtentwicklung auch noch alarmierend genug. Im Vergleich zum 31.12.1953 ist der Durchschnittswert aller Aktien um das siebenfache, der Durchschnittswert der Aktien der metallverarbeitenden Industrie um das zehnfache gestiegen; NSU-Aktien allein stiegen innerhalb eines halben Jahres um das fünffache.

Das alles ist erklärlich, wenn man weiss, dass z.B. eine grosse Brauerei-AG ein Grundstück, das sie zum Einheitswert von 1938 mit 69 000 RM = DM in der Bilanz stehen hatte, jetzt um 75 Millionen, d.h. um den 217-fachen Betrag verkauft hat. Die gleiche Brauerei-AG hat einer Mieterin die verlangte Erneuerung eines durch 60 Jahre langen Gebrauch abscheulich gewordenen Ausgusses mit der Begründung verweigert; sie hätte ein überspitztes Schönheitsgefühl; sie könne bei 29.75 DM Monatsmiete (für eine Bruchbude!) keinen neuen Ausguss verlangen. - Wer ist der Meinung, dass unsere Gesellschaftsordnung richtig ist und dass es daran nichts zu ändern gibt? + + + - 7 -

Das Bundesernährungsministerium und die Wahrheit

Von H.G. Ritzel, MdB

Auf eine Frage des Abgeordneten Schneider (Bremenhaven) in der 118. Sitzung des Deutschen Bundestages, welche Stellung die Bundesregierung zu den fortdauernden Protesten über die mangelhafte Unterbringung und Behandlung von Pferden, die zum Schlachten in das Ausland transportiert werden, bezieht, antwortete der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dass die Bundesregierung alle bekanntgewordenen Fälle nachgeprüft habe, in denen nähere Angaben über derartige Vorkommnisse gemacht wurden. Das Ergebnis sei, dass die aufgestellten Behauptungen sich in keinem Fall als zutreffend erwiesen und daher eine Anzeige wegen Verstosses gegen tierschutzrechtliche Vorschriften nicht erstattet werden konnte.

Die Deutsche Bundesbahn habe inzwischen Anordnungen erlassen, dass Pferdetransporte in das Ausland nur noch abgefertigt werden dürfen, wenn die Pferde angebunden sind und ein Transportbegleiter gestellt ist. Diese Vorschriften würden auch für Durchfahrtransporte gelten.

Hierzu muss gesagt werden, dass die Behauptungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten falsch sind.

Immer wieder kommen Meldungen über Quälereien und Misshandlungen von Pferden während des Transports. Diese Angaben werden oft in eidesstattlicher Form gemacht. Am 21.4.1960 musste in Ehrang ein schwer verletztes Pferd auf dem Verladebahnhof notgeschlachtet werden. Acht Tage zuvor hatte man auf dem gleichen Bahnhof ein totes Pferd aus dem Waggon geholt. Am 13. Juni 1960 stellte man bei einer Kontrolle durch den Tierschutzverein Tirol auf dem Innsbrucker Frachtbahnhof fest, dass mehrere Tiere Bisswunden aufwiesen.

Bei einem Transport von Pferden aus Flensburg, der am 11. Juni dort abgegangen war und am 12. Juni in Perl (französische Grenze) ankam, stellte man fest, dass ein Tier schwer verletzt war, im übrigen aber für alle Tiere die Gesundheitspapiere fehlten. Es war keine Begleitperson vorhanden, die Tiere waren nicht angebunden, sie wurden weder getränkt noch gefüttert und standen am 15.6. noch immer in Perl, da die Papiere bis dahin noch nicht eingetroffen waren und die Pferde so von den Franzosen nicht abgenommen wurden. Die Tiere werden in Ehrang nur dann getränkt, wenn aus irgend einem Grunde ein Transportwagen ausgesetzt werden muss. Bis jetzt ist noch kein Fall bekanntgeworden, in dem eine Begleitperson der Transporten mitgegeben war, lediglich die Stückzahl der je Waggon zu verfrachtenden Tiere hat sich etwas verringert. Die Pferde sind nach wie vor nicht angebunden und werden weder mit Futter noch Wasser versorgt. Bei den Transporten, die aus der Sowjetzone kommen, hat man beobachten können, dass dort nur acht Pferde pro Waggon verladen werden und zwar je vier an jeder Stirnseite des Wagens mit Traversonabsicherung. Eine Begleitperson ist bis zur Zonengrenze mitgegeben. Von da ab läuft der Transport ohne Begleitperson. Sobald wieder heissere Tage kommen, nimmt die Qual der Tiere auf den Transporten wieder zu.

Es bleibt unerklärlich, wie die Bundesregierung behaupten kann, dass mit der Ausfuhr der Schlachtpferde ins Ausland alles in bester Ordnung sei.

+ + +

Verantwortlich: Günter Larkscheffel